

Bericht des Fachgespräches

---

# ANTISEMITISMUS AN HOCHSCHULEN

---

3. März 2020 von Nina Eisenhardt, Lukas Schauder und Katrin Schleenbecker

Stand: 20.3.2020



## Inhalt

Fachgespräch Antisemitismus an Hochschulen	2
Panel „Herausforderungen für jüdisches Leben an der Hochschule“	4
Zusammenfassung	6
Panel „Organisierte antisemitische Strukturen an den Hochschulen: Rechtsextremismus, Islamismus und linker Antizionismus“	7
Zusammenfassung	9
Empfehlungen	10
Referent*innen	11
Weiterführende Literatur	12



## Fachgespräch Antisemitismus an Hochschulen

Hochschulen waren immer ein politischer Ort. In ihrer Geschichte haben sie eine grausame Rolle bei den Verbrechen des Nationalsozialismus gespielt und ebenso später eine Bedeutung für die Demokratisierung in der Bundesrepublik gehabt. Auch heute sind sie ein Ort politischer Diskussionen. Mit Sorge beobachten wir Aktionen rechtsextremer Gruppen an Hochschulen, erhalten Berichte über antisemitische Anfeindungen und Debatten über Veranstaltungen mit antisemitischen Redner\*innen. Diese besorgniserregenden Entwicklungen lassen wir nicht unbeachtet, sondern setzen dem etwas entgegen. Jüdisches Leben an Hochschulen muss möglich, sichtbar und sicher sein. Jüdische Studierende haben in den letzten Jahren begonnen sich an Hessens Hochschulen zu organisieren. Gemeinsam mit ihnen ist es Ziel des Fachgesprächs, die Studienbedingungen für jüdische Studierende zu verbessern und Handlungsmöglichkeiten gegen Antisemitismus zu erarbeiten.

### **Programm**

14:00 Uhr Begrüßung durch Angela Dorn MdL, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst

14:15-15:30 Uhr Panel Herausforderungen für jüdisches Leben an der Hochschule

Das Panel geht den Fragen nach, wie sich jüdische Organisationen an der Hochschule entwickeln, wo sie und jüdische Studierende in Hessen auf strukturelle Probleme und Antisemitismus treffen und was wir dem entgegensetzen können.

15:30-16:00 Uhr Kaffeepause

16:00-17:15 Uhr Panel Organisierte antisemitische Strukturen an den Hochschulen:  
Rechtsextremismus, Islamismus und linker Antizionismus

Das Panel analysiert die Strukturen organisierter Gruppen mit antisemitischen Inhalten an den Hochschulen und erarbeitet Möglichkeiten von Politik, Hochschule und Gesellschaft diese zu bekämpfen.

17:15-17:30 Uhr Abschlussbemerkungen durch die Abgeordneten

## Panel „Herausforderungen für jüdisches Leben an der Hochschule“

- **Nora Ackermann**, Verband Jüdischer Studierender Hessen
- **Prof. Dr. Julia Bernstein**, Professur für Diskriminierung und Inklusion in der Einwanderungsgesellschaft, Frankfurt University of Applied Sciences
- **Marina Chernivsky**, Leitung Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, Geschäftsführung der Beratungs- und Interventionsstelle OFEK e.V.
- **Ruben Gerczikow**, Vizepräsident European Union of Jewish Students, Vorstandsmitglied der Jüdischen Studierendunion Deutschland
- **Dr. Meron Mendel**, Direktor Bildungsstätte Anne Frank
- Moderation: **Nina Eisenhardt** MdL, Sprecherin für Hochschulpolitik

Hochschulen sind ein wichtiger Teil der Gesellschaft und auch als Orte für den Kampf gegen Antisemitismus wesentlich. Marina Chernivsky stellte die These auf, dass um dieser Verantwortung gerecht zu werden, an Hochschulen noch zu wenig im Kampf gegen Antisemitismus unternommen wird. Hochschulen seien dabei jedoch ein Abbild der Gesellschaft und somit der dort bestehenden antisemitischen Ressentiments – von diffusen Einstellungen bis hin zu ideologisch verformten Ausdrucksformen von Antisemitismus, denn auch an den Hochschulen fehlt eine tiefer gehende, systematische Auseinandersetzung mit Antisemitismus. Die eigenen Studien und Praxiserfahrungen vom Kompetenzzentrum zeigen, dass Vorfälle an Hochschulen nicht immer angemessen bearbeitet werden. Es fehle an Interventionskompetenz und einer kompetenten Einschätzung, wann ein Vorfall antisemitisch ist. Jüdische Themen und jüdische Studierende sind weitgehend unsichtbar und werden auch oft nicht mitgedacht im Handeln der Hochschulen.

Dass sich das ändert, wenn jüdische Studierende sich selbst an der Hochschule organisieren, zeigte Nora Ackermann in ihren Ausführungen. So hat der VJSH an der Goethe Universität eine regelmäßige Sprechstunde eingerichtet und ist mit Veranstaltungen präsent, an denen Studierende, jüdische wie nicht-jüdische ein großes Interesse zeigen. Gerade die beiden Großveranstaltungen wie die bundesweite „Jüdische Campuswoche“ und die „Deutsch-Israelische Studierendenkonferenz“, organisiert vom FZS, JSUD und JUFO, erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Nora Ackermann berichtete, dass es eine große Erleichterung wäre, wenn beispielsweise für die Einladungen zu diesen Veranstaltungen auch der allgemeine Studierenden-Mailverteiler der Universität genutzt werden könnte. Auch eine bessere Kooperation zum Finden geeigneter Räumlichkeiten auf dem Campus oder die Schirmherrschaft der Landesregierung wären wünschenswert. Unmittelbare antisemitische Vorfälle auf dem Campus sind Nora Ackermann nicht bekannt. Allerdings gab es in der Vergangenheit den Vorfall, dass antisemitische Flyer verteilt wurden. Des Weiteren betont sie, dass Prüfungstermine oft mit jüdischen Feiertagen kollidieren und schlägt vor, dass es für jüdische Studierende eine Ausnahmeregelung geben muss - einen Nachholtermin ohne Verlust eines Versuchs. Im Rahmen der Ersten Deutsch-Israelischen Studierendenkonferenz ist eine Resolution gegen Antisemitismus und BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) entstanden, der sich möglichst viele Hochschulen anschließen sollten.

Prof. Dr. Julia Bernstein berichtet von ihrer Forschung und den daraus resultierenden Ergebnissen. Sie erklärt, dass Schulen und Hochschulen einen Mikrokosmos der Gesellschaft abbilden. Juden und Jüdinnen werden direkt, aber auch diffus mit Antisemitismus konfrontiert oder nach ihrer Meinung zu Israel/Nahost-Konflikt gefragt. Viele fühlen sich alleine gelassen und nicht geschützt. Es kommt oft vor, dass Schüler\*innen an der Schule kaum oder gar nichts von ihrem Glauben oder ihren Erfahrungen damit erzählen, weil die Unterstützung durch Lehrkräfte oder des Kollegiums nicht da ist. Unterstützung an Schulen und Hochschulen ist nicht selbstverständlich. Wenn man sich aber nicht traut, die eigene Religion offen auszuleben, ist die gesellschaftliche Teilhabe eingeschränkt. Es gibt zu wenig Zivilcourage und Lehrkräfte hätten auch oft Angst, etwas klar als antisemitisch zu benennen, so Bernstein. Aus Angst vor einem Imageschaden wird die Thematik dann oft zu einem persönlichen Problem gemacht und so bagatellisiert. Ein großes Problem ist laut Julia Bernstein ebenfalls die vergiftete Sprache in der Gesellschaft. Sprüche wie „bis zur Vergasung“ „Arbeit macht frei“ und auch „Jedem das sein“ müssen geächtet werden. Mitarbeiter\*innen an den Hochschulen sollten in Veranstaltungen dahingehend sensibilisiert werden.

Die Bildungsstätte Anne Frank ist im Bereich Weiterbildung an Hochschulen bereits aktiv, berichtet Dr. Meron Mendel. Es gibt beispielsweise Kooperationen mit den Hochschulen in Frankfurt, Kassel oder Marburg. In der Hochschule findet die Auseinandersetzung mit Antisemitismus auf einem anderen Niveau als in der Schule statt. BDS ist an den Hochschulen oft ein Thema, so gab es beispielsweise 2018 mit Amina Mama eine Gastprofessorin am Cornelia Goethe Zentrum, die die BDS Kampagne unterstützt. Meron Mendel betont, dass er eine Meinungsisolierung für wenig sinnvoll hält und ein Streitgespräch immer vorziehen würde. Dafür müssen Diskussionsräume an Hochschulen geschaffen werden, auch mit der klaren Abgrenzung nach rechts.

Ruben Gerczikow gibt im Anschluss einen Einblick über die Forderungen der jüdischen Studierenden. Er führt aus, dass es sich um einen Drahtseilakt handelt: Auf der einen Seite braucht es eine klare Haltung zu Antisemitismus, auf der anderen Seite, wollen jüdische Studierende sich aber nicht darüber definieren, sondern wollen jüdisches Leben als Deutsche sichtbar machen. Oft würde man über die jüdische Geschichte zur NS-Zeit sprechen, aber eben nicht über die 1700 jährige Geschichte von Jüdinnen und Juden in Deutschland. Ruben Gerczikow weist darauf hin, dass antisemitische Verschwörungsmythen durch die AfD in den Parlamenten geschürt werden. Er würde sich wünschen, dass Lehrpersonal bei der Einstellung hinsichtlich der Gesinnung überprüft würde und betroffene jüdische Studierende angehört werden. Außerdem sollten die Staatsexamina an den jüdischen Kalender angelehnt werden. Denn Jüdinnen und Juden sollten nicht wählen müssen zwischen einem Staatsexamen oder ihrem Jüdisch sein.

Nina Eisenhardt ergänzt, dass es in der Medizin bereits einen Austausch auf Ebene der Kultusministerkonferenz gibt und Hessen die Verantwortung für die Staatsexamina in Bereich Justiz und Kultus trägt. Auf dieser Ebene soll das Thema bereits bald angegangen werden.

In der anschließenden Diskussion wird seitens der Hochschulen von Prof. Dr.-Ing. René Thiele, Vizepräsident UAS und Prof. Dr. Rolf van Dick, Vizepräsident GU, betont, dass es in den Hochschulen eine große Bereitschaft gibt, bessere Strukturen für jüdische Studierende beispielsweise im Bereich Prüfungsrecht oder Raumsituation zu schaffen, und hierfür die nötigen Impulse nötig sind.

In der weiteren Diskussion wird insbesondere das Thema Umgang mit ausschließender und diskriminierender Sprache weiter thematisiert. Julia Bernstein schlägt vor, Veranstaltungen im Rahmen des Studium Generale zur „Macht der Sprache“ einzurichten – möglichst mit Zertifizierung. Eine fächerübergreifende Belegpflicht hält sie für sinnvoll.

Es wird deutlich, dass jüdische Studierende aufgrund ihrer mangelnden Sichtbarkeit in der Hochschule seltener Betroffene von direkten Diskriminierungserfahrungen werden, sondern struktureller Antisemitismus und die Ignoranz jüdischen Lebens die Realität an den Hochschulen ist. Eine zentrale Rolle in diesem Gefühl spielt für die Betroffenen dabei insbesondere die Missachtung von Feiertagen und antisemitische Sprache. Aber auch die Definition von Antisemitismus spielt eine wichtige Rolle, da nach den Erkenntnissen von Julia Bernstein zwar Äußerungen zu Antisemitismus eher verhalten sind, wohingegen Israelkritik laut artikuliert wird.

Dieser Sicht schließen sich auch Meron Mendel und Ruben Gerczikow an und plädieren für eine klare Antisemitismusdefinition, die der IHRA, die weder verkürzt noch verallgemeinert. So wäre es bspw. verkürzt, fehlende Rücksicht auf Feiertage als Antisemitismus zu kategorisieren. Während Meron Mendel dafür plädiert, nicht nur die deutschen und jüdischen Feiertage zu berücksichtigen, weil der jüdischen Religion dann wieder eine Sonderrolle zukommen würde, betont Ruben Gerczikow, dass durch das Schreibverbot an jüdischen Feiertagen eine Besonderheit für Jüdinnen und Juden durch ihre Religion vorliegt, wenn es um das Schreiben von Prüfungen geht. Eine Lösung könnte, wie von Nora Ackermann vorgeschlagen, in einer Ausnahmeregelung ähnlich der für Spitzensportler\*innen liegen. Sie schlägt vor, ein Gremium zu schaffen, dass dafür sorgt, dass solche Maßnahmen an den Hochschulen auch durchgesetzt würden.

Ebenfalls Thema sind weitere Diskriminierungsformen wie Rassismus neben Antisemitismus. Es besteht ein Interesse der Diskussionsteilnehmenden Maßnahmen zu Rassismus und Antisemitismus koordiniert vorzunehmen und gemeinsam zu diskutieren. Dennoch ist die Trennung beider Phänomene wichtig.

## Zusammenfassung

Ist-Stand	Maßnahmen
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Kaum Auseinandersetzung</li> <li>▪ Duldung und Unkenntnis</li> <li>▪ Fehlendes Handeln von Lehrkräften</li> <li>▪ Bagatellisierung</li> <li>▪ Wenige jüdische Studierendengruppen</li> <li>▪ Antisemitische Flyer</li> <li>▪ Rechte und islamische Studierenden</li> <li>▪ Konflikte rund um BDS</li> <li>▪ Missbrauch von „Wissenschaftsfreiheit“ für klare Positionierung gegen Antisemitismus</li> <li>▪ Widerstände gegen Forschung zu jüdischem Leben heute</li> <li>▪ Aberkennung des „Deutsch-Sein“</li> <li>▪ Verschiedene Ausprägungen von Antisemitismus, u.a. „Israelkritik“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Rücksicht auf Feiertag</li> <li>▪ Offene Diskurse</li> <li>▪ Curriculum: Macht der Sprache, Lehrseminare</li> <li>▪ Antisemitismusdefinition vermitteln</li> <li>▪ Verstehen von antisemitischen Mechanismen</li> <li>▪ Mehr Austausch</li> <li>▪ Jüdische Personen und Kultur mitdenken</li> <li>▪ Zuhören</li> <li>▪ Jüdisches Leben sichtbar machen</li> <li>▪ Sensibilisierung und Kompetenzaufbau bzgl. Antisemitismus und Intervention von Mitarbeiter*innen</li> <li>▪ Bereitstellung von Räumen für jüdische Verbände</li> </ul>

- |  |   |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Resolution zu BDS von FZS, verschiedener politischer Hochschulgruppen und der Hochschulrektorenkonferenz</li> <li>▪ Kooperationen des Bildungszentrums Anne-Frank mit Hochschulen</li> <li>▪ Interesse an jüdischen Veranstaltungen</li> <li>▪ Jüdische Campus-Woche</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Kommunikation jüdischer Veranstaltungen</li> </ul> |
|--|---|

## Panel „Organisierte antisemitische Strukturen an den Hochschulen: Rechtsextremismus, Islamismus und linker Antizionismus“

- **Benjamin Guttmann**, Präsident European Union of Jewish Students
- **Hendrik Hollmann**, zweiter Vorsitzender Antifaschistische Bildungsinitiative e.V.
- **Ricarda Theiss**, Sozialreferat Kompetenzzentrum der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, Dozentin Frankfurt University of Applied Science
- Moderation: **Lukas Schauder MdL**, Sprecher für Extremismusprävention und Demokratieförderung

Dr. Reiner Becker, Leiter des Demokratiezentrum Hessen und Martin Sehmisch, Sara-Nussbaum Zentrum für Jüdisches Leben haben krankheitsbedingt abgesagt.

Die antisemitischen Strukturen in Hessen und an Hessens Hochschulen sind breit. Neben sich zunehmend professionalisierenden Gruppen gerade aus dem rechten Spektrum betont Hendrik Hollmann besonders die Gefahr des Alltagsantisemitismus, der weiterhin gesellschaftsfähig ist.

Benjamin Guttmann sieht zunehmende Trends in ganz Europa durch eine Studie – die erste ihrer Art – belegt. In dieser Studie werden Jüdinnen und Juden gefragt, wie es ist jüdisch in Europa zu sein. 81 Prozent der Befragten würden angeben, dass Antisemitismus ein Problem ist. 83 Prozent ist jüdische Identität sehr wichtig und wollen diese auch beibehalten. 45 Prozent haben im letzten Jahr Antisemitismus erlebt und 74 Prozent der Befragten gibt an, manchmal ihre Identität zu verstecken. Das ist eine gefährliche Entwicklung.

Grundsätzlich bewertet Guttmann das Leben jüdischer Studierender in Europa aber als gut. Er verweist auf den Guide mit Tipps für den Umgang mit Antisemitismus an Hochschulen, den die Europäische Kommission herausgegeben hat (siehe weiterführende Literatur). Er findet, dass es weiterhin wichtig ist, Shoa und Antisemitismus zu thematisieren, aber Jüdinnen und Juden nicht darüber zu definieren sind. Guttmann nennt drei Formen und Beispiele von Antisemitismus: Den rechten Antisemitismus, den islamistischen und den extrem linken Antisemitismus. Benjamin Guttmanns wichtigster Ratschlag an die Hochschulen ist, dass diese sich mit ihren jüdischen Studierenden austauschen sollten, denn die haben die Expertise für ihre eigenen Bedürfnisse.

Ricarda Theiss beschreibt die Herausforderung Antisemitismus und Rassismus an den Hochschulen zu benennen, um eine Hindernisse für alle diskriminierten Gruppen abzubauen, ohne dass es einen gesellschaftlichen Aufschrei vorher geben muss. Sie hat gute Erfahrungen bei einem offenen und persönlichen Dialog in Lehrkräftefortbildungen oder Workshops mit Schüler\*innen gemacht. Sie rät dazu, gesellschaftliche Themen im Studium Generale – verpflichtend für alle

Studiengänge – zu behandeln. Außerdem merkt Theiss an, dass es an Sichtbarkeit des jüdischen Lebens gerade an Hochschulen ohne jüdische Repräsentation durch Verbände etc. mangelt.

Lukas Schauer kommt auf die Meinungs- und Redefreiheit zu sprechen, wenn es darum geht, dass manche Menschen daran arbeiten, „verbrannte“ Begrifflichkeiten wieder zurückzugewinnen. Ricarda Theiss problematisiert in dieser Debatte die Haltung „Irgendwann muss man es doch wieder sagen dürfen!“. Hendrik Hollmann erklärt, dass gerade die Neue Rechte weiß, wie man das Spiel mit der Sprache bedienen muss, um strafrechtlich noch legal zu bleiben, jedoch die Bedeutung liberaler, demokratischer Begriffe nach rechts zu verschieben. Die Hochschule muss gerade diese Verdrehung der Sprache aufdecken und richtigstellen, sowie diskriminierende Sprache benennen und unterbinden. Die Konsequenz wäre sonst eine Diskursverschiebung nach rechts. Ricarda Theiss betont, wie wichtig es ist, sich zu antisemitischem Sprachgebrauch in Seminaren und Vorlesungen zu äußern bzw. zu reagieren. Die Lehrenden müssen dafür sensibilisiert werden.

Julia Bernstein ergänzt, dass Studierende unsicher sind über den sprachlichen Ausdruck. Entweder ist eine Überreaktion bei den Studierenden zu beobachten („Das ist rassistisch?“) oder das Gegenteil. Antisemitismus als Thema anzusprechen bleibt ein Tabu. Außerdem erkennt die Forschung eine Sehnsucht nach einer deutschen Identität, ohne sich für den Holocaust bzw. die deutsche Vergangenheit schämen bzw. die Schuld dafür auf sich nehmen zu müssen. Dieses Phänomen wirkt auch im Hochschul- und Wissenschaftskontext.

Hochschulen haben als Bildungseinrichtungen einen Auftrag, der über die Vermittlung von Fachwissen hinaus geht, betonte Joel Baumann, Rektor der Kunsthochschule Kassel. An Hochschulen ist die Einstellung zu verzeichnen, dass das Thema Antisemitismus schon in der Schule behandelt wurde. Die Hochschulen stehen jedoch vor dem Problem, dass durch eine verpflichtendes Studium Generale andere (fachspezifische) Inhalte aus dem Curriculum entfallen müssten. Es müsste in die Curricula eingebunden werden, aber das ist kaum im Lehrdeputat unterzubringen. Ohne ein bereits bestehendes Studium Generale, fehlt die Struktur an den Hochschulen um Seminare, die fachunspezifisches, aber relevantes Wissen vermitteln, in die Curricula einzubinden.

Mit der zunehmenden Internationalisierung kommt ein weiterer Konflikt auf die Hochschulen zu. Infrastruktur für Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften muss strukturell an den Hochschulen gebildet werden, damit nicht einzelne Lehrende dafür verantwortlich sind. Ein weiteres Thema ist, dass Rechte viel gewandter und aggressiver im Umgang mit der Digitalisierung sind und wissen, digitale Kanäle besser zu nutzen. Auch hier muss sich die Hochschule in ihrer Kommunikation in den Sozialen Medien besser aufstellen.

Alexander Gemeinhardt von der Schader Stiftung ergänzt zur Debatte um Prüfungstermine, dass die Theologische Hochschule Friedensau beispielsweise keine Prüfungen am Sabbat abnimmt.

In Bezug auf linken Antizionismus merkt Benjamin Guttmann an, dass es eigentlich zu den Grundüberzeugungen linker Gruppen gehört, dass grundsätzlich die betroffene Gruppe selbst definiert, was sie als Diskriminierung empfinden, dies aber jüdischen Menschen als betroffene Gruppe aberkannt wird.

In Bezug auf rechte Gruppen schildert Benjamin Guttmann von seinen Erfahrungen in Österreich. Dort ist die FPÖ der parlamentarische Arm der Burschenschaften, die ihr Personal fast



ausschließlich an Hochschulen rekrutieren. Eine solche Entwicklung zeichnet sich in Deutschland noch nicht ab. Nina Eisenhardt ergänzt, dass in den meisten hessischen Hochschulen die Burschenschaftsstrukturen dafür nicht stark genug sind, und eher andersrum die Rekrutierung für rechte Listen an den Hochschulen aus der IB erfolgt.

## Zusammenfassung

Ist-Stand	Maßnahmen
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Alltagsantisemitismus</li> <li>▪ Fehlende Verantwortlichkeit der Hochschule für allgemeinpolitischen Bildungsauftrag</li> <li>▪ Mangelnder Platz im Curriculum</li> <li>▪ Lehrende nicht geschult im Umgang mit Antisemitismus</li> <li>▪ Studie zur Situation europäischer Juden: ¾ verstecken ihre jüdische Identität, 50% haben Antisemitismuserfahrungen</li> <li>▪ Burschenschaften als Bindeglied zur Rechten und Einstieg in rechtes Gedankengut</li> <li>▪ Rechte Sprache gezielt durch Rechte etabliert</li> <li>▪ Fehlende Sensibilisierung für Sprache</li> <li>▪ Europa: Büro jüdischer Studierendenverband von islamistischer Gruppe auf Campus zerstört</li> <li>▪ UK: Universität verhindert Gründung einer Jewish Society</li> <li>▪ Zu wenige jüdische Studierendenverbände europaweit</li> <li>▪ Wissensvermittlung in Schule scheitert</li> <li>▪ Schulen lagern Umgang mit Antisemitismus an externe aus, Verstärkung des Tabus</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Guide EUJS für Hochschulen</li> <li>▪ Antisemitismus-Training</li> <li>▪ Judentum normalisieren</li> <li>▪ Antisemitische Äußerungen ansprechen</li> <li>▪ Jüd*innen definieren Antisemitismus</li> <li>▪ Persönliche Dialoge mit Jüd*innen schaffen</li> <li>▪ Raum für Dialoge bei Konflikten, um statt bloßzustellen Verständnis zu schaffen</li> <li>▪ Studium Generale nutzen</li> <li>▪ Antidiskriminierung als Querschnittsthema implementieren</li> <li>▪ Bessere Strukturen für Qualifizierung von Lehrenden</li> </ul>

## Empfehlungen

### 1. **Einrichtung einer hochschulübergreifenden Arbeitsgemeinschaft „Gegen Rassismus und Antisemitismus“**

Um eine gemeinsame Koordination von Aktivitäten gegen Rassismus und Antisemitismus zwischen den Hochschulen abzustimmen und best practice Erfahrungen auszutauschen, soll ein Arbeitskreis des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst eingerichtet werden. An diesem Arbeitskreis nehmen Vertreter\*innen der Hochschulen und betroffener Studierendenverbände teil. Themen können sein z.B. Prüfungsorganisation, Unterstützung für jüdische Hochschulgruppen, Curricula im Studium Generale, Weiterbildung für Lehrbeauftragte und Professor\*innen, Kommunikation der Hochschulen in den Sozialen Medien.

Ziel der Arbeitsgruppe ist es, konkrete Maßnahmen an den Hochschulen umzusetzen und den Leitfaden des Ministeriums für Antidiskriminierung (Hochschulpakt 2020) weiterzuentwickeln. Den Hochschulen wird empfohlen eine solche Arbeitsgruppe, falls noch nicht vorhanden, ebenfalls auf Ebene der Hochschule einzurichten.

### 2. **Klares Bekenntnis zur IHRA Arbeitsdefinition von Antisemitismus**

Die hessischen Hochschulen bekennen sich klar in ihren Grundordnungen oder Leitbildern zur Arbeitsdefinition von Antisemitismus, die international und auch von der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag anerkannt ist.

*„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und / oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.“*

Die hessische Landesregierung und der hessische Landtag beschließen diese Definition ebenfalls.

### 3. **Hochschulen als Ort wissenschaftlicher Debatten**

Hochschulen sind Orte von Meinungsvielfalt und einer demokratischen Streitkultur. Diese hat bei rassistischen und antisemitischen Äußerungen ihre Grenzen. Alle Mitglieder einer Hochschule müssen sich sicher fühlen. Das Existenzrecht von Jüd\*innen und das des jüdischen Staates Israel steht nicht zur Debatte. In ihren Regularien bietet die Hochschule für Veranstalter Entscheidungssicherheit und definiert klare Regeln. Auf der Grundlage der Arbeitsdefinition von Antisemitismus wird ein Ausschluss von Veranstaltungen von BDS festgelegt.

### 4. **Jüdisches Leben in der Geschichte und im Heute sichtbar machen**

In Curricula, im Campusleben und in Veranstaltungen arbeiten die Hochschulen mit ihren Mitgliedern gemeinsam daran, jüdisches Leben sichtbar zu machen. Das kann im Seminar zu Kunstgeschichte die Würdigung des Beitrags jüdischer Künstler\*innen sein, oder ein koscheres Essenangebot beim Campusfest. Von besonderer Bedeutung ist das Thema in der Lehrkräfteausbildung und in der Sozialen Arbeit. Die Organe der Hochschule sind aufgefordert, sich für ein sichtbares jüdisches Leben an ihrer Hochschule einzusetzen und erhalten hierfür die Unterstützung der Landesregierung.

## Referent\*innen

**Nora Ackermann** ist Studentin der Medizin an der Goethe Universität und gründete 2018 den Verband Jüdischer Studierender Hessen (VJSH). Der VJSH beteiligte sich an den ersten der Jüdischen Campuswoche 2019 in 10 Städten und richtete diese in Hessen in Gießen, Darmstadt und Frankfurt aus. Zudem organisierte sie die erstmalige Austragung der Deutsch-Israelischen Studierendenkonferenz im Juni 2019 mit.

**Prof. Dr. Julia Bernstein** hat an der Frankfurt University of Applied Sciences eine Professur für Diskriminierung und Inklusion in der Einwanderungsgesellschaft. Gemeinsam mit der Universität Bielefeld hat sie die Studie „Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus“ herausgegeben, der erstmals Jüdinnen und Juden selbst nach ihrem Empfinden über ihr Leben in Deutschland befragt. Sie leitete das Projekt „Mach mal keine Judenaktion - Herausforderungen und Lösungsansätze in der professionellen Bildungs- und Sozialarbeit gegen Antisemitismus“.

**Marina Chernivsky** ist Leiterin und Gründerin des Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. und Geschäftsführerin und Mitgründerin von OFEK e. V.. Sie ist Psychologin und Verhaltenswissenschaftlerin. Als Lehrbeauftragte und Bildungstrainerin arbeitet sie im Bereich der Antidiskriminierung und Antisemitismusprävention. Seit 2002 ist sie für die ZWST tätig und seit 2019 Mitglied im Beratungsgremium des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus. Sie war von 2015 – 2017 Mitglied im Zweiten Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus des Deutschen Bundestages

**Ruben Gerczikow** ist seit März 2019 im Vorstand der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD), der offiziellen politischen Vertretung von rund 25.000 jüdischen Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland. Seit August 2019 ist Gerczikow ebenfalls Vize-Präsident der European Union of Jewish Students (EUJS). Geboren und aufgewachsen in Frankfurt, studiert er seit 2016 Publizistik und Kommunikationswissenschaften mit Fokus auf politischer Kommunikation an der Universität Wien.

**Benjamin Guttmann** ist Präsident European Union of Jewish Students und Präsident der Jüdischen Österreichischen Hochschüler\*innen. In Wien geboren und aufgewachsen machte er nach seiner Matura zunächst Zivildienst im Jüdischen Museum Wien und studiert derzeit Jura und Politikwissenschaften an der Universität Wien.

**Hendrik Hollmann** ist zweiter Vorsitzender der Antifaschistische Bildungsinitiative e.V., ein demokratischer und gemeinnütziger Verein, der sich für eine offene Gesellschaft ohne Diskriminierung einsetzt. Er studiert Politische Theorie und Soziologie im Masterstudium an der Goethe Universität Frankfurt und organisiert und gibt Veranstaltungen und Workshops in Schulen und Vereinen, Infostände, Podiumsdiskussionen, Vorträge, Seminare und Studienfahrten.

**Dr. Meron Mendel** ist Direktor Bildungsstätte Anne Frank. Seinen Bachelor in Geschichte und Erziehungswissenschaften und Master in Jüdische Geschichte hat er in Haifa erworben. 2001 setzte er sein Studium an der Universität München fort und promovierte 2010 in Frankfurt am Main mit einer erziehungswissenschaftlichen Arbeit zum Thema Lebenswelten von jüdischen Jugendlichen in Deutschland. Er arbeitete am erziehungswissenschaftlichen Institut der Uni Frankfurt und beim Jüdischen Museum. Seit 2010 ist er Direktor der Bildungsstätte Anne Frank.

**Ricarda Theiss** ist Projektleiterin und Projektkoordinatorin im Sozialreferat der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. Sie hat in Frankfurt im Master Diversität und Inklusion studiert und arbeitet dort seit 2019 als Lehrbeauftragte. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin war sie zudem im Forschungsteam und als Co-Autorin zur Studie „Mach mal keine Judenaktion - Herausforderungen und Lösungsansätze in der professionellen Bildungs- und Sozialarbeit gegen Antisemitismus " tätig. Sie arbeitet darüber hinaus im Museum Judengasse und bietet dort Workshops zum Thema Judentum und Antisemitismus an.

## Weiterführende Literatur

EUJS: Supporting your Jewish Students Guide

<https://www.eujs.org/news/press-releases/supporting-your-jewish-students-guide>

Entschließung der HRK-Mitgliederversammlung vom 19.11.2019: Kein Platz für Antisemitismus

<https://www.hrk.de/positionen/gesamtliste-beschluesse/beschluss/detail/kein-platz-fuer-antisemitismus/>

Freier Zusammenschluss der Student\*innenschaften: Resolution – gegen BDS und jeden Antisemitismus

<https://www.fzs.de/positionen/feminismus-antidiskriminierung/gegen-antisemitismus/>

Holocaust Remembrance Alliance: Arbeitsdefinition von Antisemitismus

<https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus>

Prof. Dr. Julia Bernstein: „Mach mal keine Judenaktion!“ - Herausforderungen und Lösungsansätze in der professionellen Bildungs- und Sozialarbeit gegen Antisemitismus

[https://www.frankfurt-university.de/fileadmin/standard/Aktuelles/Pressemitteilungen/Mach\\_mal\\_keine\\_Judenaktion\\_Herausforderungen\\_und\\_Loesungsansaezte\\_in\\_der\\_professionellen\\_Bildungs-\\_und\\_Sozialarbeit\\_gegen\\_Anti.pdf](https://www.frankfurt-university.de/fileadmin/standard/Aktuelles/Pressemitteilungen/Mach_mal_keine_Judenaktion_Herausforderungen_und_Loesungsansaezte_in_der_professionellen_Bildungs-_und_Sozialarbeit_gegen_Anti.pdf)

